1. **„Das Ende der Umsonst-Uni“**
   Der SPIEGEL propagiert mal wieder Studiengebühren.
   Quelle: SPIEGEL

   Kommentar (WL):
   Für den Autor des UNISPIEGEL-Beitrags „Das Ende der Umsonst-Uni“ war – sollte er studiert haben – der Besuch der Uni sicherlich nicht umsonst, wohl aber vergebens. Sonst hätte er nicht soviel Unbedachtes und Unsinniges in einen Artikel packen können. Da wird so getan, als sei ein Studium in Deutschland bislang kostenlos, obwohl man wissen müsste, dass ein Studium im Durchschnitt einen Studierenden etwa genau so viel kostet wie den Staat, nämlich pro Jahr etwa 7.200 Euro. Immer wieder werden die Studiengebühren in den USA als vorbildlich dargestellt, dabei stammen gut vier Fünftel der Studierenden an den dortigen Elite-Universitäten aus den oberen 20% der Gesellschaft, während die untere Hälfte kaum vertreten ist.

2. **Jeder zweite Bewerber scheitert**
   Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt ist noch miserabler als bisher angenommen: Einer Studie zufolge scheiterte jeder zweite Schulabgänger, der 2005 einen Ausbildungsplatz suchte. Besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund wird die Situation von Jahr zu Jahr hoffnungsloser.
   Quelle: SPIEGEL
3. **Kostenexplosion im Gesundheitswesen? Ein Irrtum**
   In Wahrheit sind die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen nicht viel stärker angestiegen als das BIP.
   Quelle: n-tv.de

   Kommentar: Die hinlänglich bekannten, völlig unrealistischen und für propagandistische Zwecke missbrauchten Prognosen bis zum Jahr 2050 werden leider unwidersprochen zitiert. Auch fehlt der Hinweis darauf, dass der Gesetzgeber die Zunahme nicht sozialversicherungspflichtiger Jobs bewusst gefördert hat. Und wenn Deutschland durch eine intelligentere Wirtschaftspolitik die in anderen, europäischen Ländern üblichen und durchaus möglichen Wachstumsraten erreichte, so würde auch dies die GKV deutlich entlasten. Davon abgesehen ein lesenswerter Beitrag mit einigen interessanten Fakten.

4. **Thema: Soziale Desintegration in Deutschland**
   - **Das vergessene Land**
     In Ostvorpommern sind Neonazis die netten Jungs von nebenan. Ihr Kapital: Bürger, die vom Staat nichts mehr erwarten.

Quelle: TAZ

- **“Neonazis stoßen in eine Lücke”**
  Interview mit Winfriede Schreiber, Leiterin der Abteilung Verfassungsschutz im Brandenburger Innenministerium. Die Juristin war zuvor Polizeipräsidentin von Frankfurt (Oder).
  Quelle: TAZ

- **Faschistische “Wölfe” kapern Unterricht**
  Ein Türkischlehrer aus Köln ruft um Hilfe. Türkisch-nationalistisch eingestellte Schüler provozieren im Unterricht mit antisemitischen Fragen. Die Lehrergewerkschaft berichtet von ähnlichen Fällen: Lehrer werden bedroht und angegriffen.
  Quelle: TAZ

- **Was zu tun ist**
  Gegen Gewalt helfen mehr Ganztagsschulen Von Professor Christian Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen in Hannover
  Quelle: ZEIT

5. **Wohnkostenüberprüfung von Arbeitslosen: Behördenwillkür eher die Regel**
   Berliner Jobcenter agieren ohne Kontrolle. Faktisch gibt es offenbar überhaupt keine wirksame Fachaufsicht. »Letztlich«, so eine Sprecherin des Sozialressorts, »ist für die Kontrolle jeder Bürger selbst verantwortlich«.
   Quelle: Junge Welt
6. **Freie Fahrt für Ruß-Diesel**
   Die Heimatländer der Autohersteller BMW und DaimlerChrysler haben dafür gesorgt, dass die Reduzierung von Feinstaub mit Hilfe einer Pkw-Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen mit Russfilter nicht möglich sein wird.
   Quelle: TAZ
7. **Am Grabmal des Intellektuellen**
   Frankreich fragt sich, ob seine linken Vordenker von einst zu Rechten mutiert sind. Eine aktuelle Bestandsaufnahme.
   Quelle: *Frankfurter Rundschau – Nicht mehr erreichbar (06.09.2006)*

   Kommentar:
   Deutschland gibt in dieser Hinsicht kein besseres Bild ab.

8. **Protest im Namen des Herrn**

Die religiöse Rechte ist in den USA ein wachsender Einflußfaktor. Sie setzt inzwischen Weltkonzerne wie Ford oder Mattel erfolgreich unter Druck.
Quelle: WELT

9. **“Die EU sollte sich weniger einmischen”**
   Der Deutschland-Vertreter von Kongos UDPS-Opposition erklärt, warum seine Partei Wahlen und EU-Truppen ablehnt.
   Quelle: TAZ